

- Sascha: Bezug zum Zeik

Vielen Dank für diese Auszeichnung, es freut uns sehr, dass gerade Vertreter\*innen des ZEIK uns diesen Preis übergeben.

Wir haben nämlich im letzten Jahr auf Einladung der Heinrich Böll Stiftung an verschiedenen Schulen an sogenannten Demokratietagen teilnehmen dürfen und Vorträge zum Thema Seenotrettung auf dem Mittelmeer gehalten.

Dabei waren wir aber nicht allein.

Parinaz, Daniel und Habtom vom ZEIK/ZBBS haben uns dabei unterstützt und den Schüler\*innen ihre persönliche Fluchterfahrung vorgestellt, sowie einen Einblick in die Geschichte ihrer Herkunftsländer gegeben.

So ist auch der erste Kontakt zwischen uns entstanden, als ich bei einer Veranstaltung vom Paritätischen, im Rahmen eines Freiwilligen sozialen Jahres, genau so einen Vortrag mitverfolgen konnte.

Vielen Dank für eure großartige Unterstützung, wir hoffen, dass wir das nächste Jahr zusammen wiederholen werden.

- Julian: Bezug zu anderen NGOs

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass es nicht nur auf unsere Arbeit ankommt, die Seenotrettung und die Aufnahme der Geflüchteten zu unterstützen. Es sind natürlich vor allem die NGO's, die aktiv Menschen retten. Organisationen wie Sea-Eye, Sea-Watch, SOS-Méditerranée, Jugend Rettet oder Ärzte ohne Grenzen und viele andere. Sie sind aktuell Voraussetzung dafür, dass Menschen auf der Flucht überhaupt in Europa ankommen. Auch wenn wegen Festsetzung, laufender Verfahren oder Geldmangel leider nicht alle dieser Organisationen ihre Schiffe in die Rettungszonen schicken können. Sie alle bedürfen der gleichen Aufmerksamkeit und der gleichen Unterstützung, auf dem Mittelmeer, in ihren Büros und vor Gericht.

- Sascha: Was wir anfangs wollten, was wir jetzt machen (müssen) und wieso es uns immer noch gibt.

Die Bewegung ist dadurch entstanden, dass Italien unter Innenminister Salvini zunehmend die italienischen Häfen für Seenotrettungsschiffe geschlossen hat und es damit begründet wurde, dass Italien keine Kapazitäten für mehr Geflüchtete hätte.

Da sich Deutschland und die EU durch das Dublin Abkommen Jahre lang unsolidarisch verhalten haben, konnte man aus deutscher Perspektive dieses Argument zu einem Teil nicht widerlegen.

Dennoch legitimiert dieses Argument Salvinis rassistisches und menschenverachtendes Verhalten natürlich nicht.

Die sicheren Häfen sollten dazu dienen in Deutschland Kommunen und Städte zu finden, die freiwillig Menschen aufnehmen, die von NGO's gerettet worden sind.

So müsste Italien niemanden blockieren und in Europa gäbe es auch kein vorgeschobenes "Verteilungs"chaos.

130 Städte/Kommunen/Kreise sind dieser Idee in Deutschland schon gefolgt.

Jetzt sind unsere Ziele die "sicheren Häfen" aktiv werden zu lassen.

In Schleswig-Holstein versuchen wir daher im nächsten Jahr in den engeren Austausch mit unseren "Sicheren Häfen" zu gehen und mit möglichst allen, und im Idealfall sogar noch mit ein paar Städten mehr, zusätzliche freiwillige Aufnahmen von Menschen, die übers Mittelmeer geflohen sind oder noch in Libyen unter schlimmsten Umständen leben, im Rahmen eines zusätzlichen Aufnahmeprogrammes zu ermöglichen.

Dies ist eine riesen Aufgabe und wir brauchen dafür auch viel Hilfe, sind aber optimistisch, dass wir das gemeinsam erreichen können.

Überregional und grundsätzlich treten wir dafür ein, dass solange sich Menschen auf diesem Planeten bewegen, es auch Automatismen geben muss, die diese Bewegung auch zulassen. Und das nicht nur für Menschen mit dem deutschem Pass.

- Natalie: Bezug auf die Seebrücken in ganz Deutschland, Struktur etc.

Wir als Seebrücken Schleswig-Holstein fanden zusammen, weil wir gemeinsam an der Idee der "sicheren Häfen" weiterarbeiten und uns mit anderen Kommunen und Orten solidarisieren wollten. Während des vergangenen Jahres vernetzten wir uns auf gemeinsamen Treffen, um herauszuarbeiten, wie auch das Land Schleswig-Holstein zum sicheren Hafen werden könnte. Wir haben unseren Blick dabei unter anderem auf der Frage, wie wir dafür sorgen können, dass die Kommunen mehr Entscheidungsmöglichkeiten darüber erhalten, Menschen hier aufzunehmen.

Wir stünden hier nicht, wenn wir keine Unterstützung, know how, Kontakte und deutschlandweite Kampagnen durch ein Netzwerk von über 130 Seebrücken aus ganz Deutschland hätten. Unsere Bewegung arbeitet eng zusammen und auch, wenn jede einzelne lokale Seebrücke autonom und selbstbestimmt arbeitet, können wir nur als Ganzes funktionieren. Die Organisation aus dem Berliner Seebrückenbüro, einem überregionalen Koordinationskreis, bestehend aus Ehrenamtlichen und mehrere Arbeitsgruppen, deren Mitglieder in ganz Deutschland verteilt sind, bilden dabei das Fundament für die Arbeit der Seebrücke. Wir wollen

und können nicht alleine arbeiten und deshalb können wir auch so einen Preis nicht annehmen, ohne auf die starke und solidarische Struktur der Seebrücken in Deutschland einzugehen. Ein Überregionales Gesamttreffen am letzten Wochenende mit fast allen Seebrücke aus Deutschland zeigte schon wieder, wie wichtig es ist, seine Kräfte zu bündeln und zusammenzuarbeiten. Solidarität und Zusammenhalt ist bei den aktuellen politischen Geschehnissen, bei denen wir nicht weiter zuschauen wollen, entscheidend.

- Julian S.: Situation in Libyen, Malta-Abkommen, Situation auf See.

Seit dem Sommer 2018 demonstrieren europaweit die Initiativen der Seebrücke für eine gerechtere und humanere Migrationspolitik und eine konsequente Rettung auf dem Mittelmeer. Seitdem Rettungsorganisationen weiter kriminalisiert

worden sind, sind die Todesraten dramatisch gestiegen.

Doch anstatt die eigene Verantwortung wahrzunehmen, hat sich die EU entschieden, Probleme zu ignorieren oder auf andere Akteur\*innen abzuwälzen. So wurden unkontrollierbare Milizen damit zu beauftragen, die Menschen von Europas Seegrenzen fernzuhalten: Die sogenannte "libysche Küstenwache" ist keine staatlich gesteuerte Einheit, sondern besteht aus territorial unterschiedlich verwalteten Milizen teils konkurrierender Bürgerkriegsparteien. Dennoch wird sie mit Geldern, Logistik und Material der EU gefördert, damit sie die Boote der flüchtenden Menschen nach Libyen zurückschickt – wo Krieg herrscht, die

Versorgung bedürftiger Menschen keinesfalls gewährleistet ist und die

Schleuser mit denselben Menschen erneut Geld verdienen können. Darüber

hinaus sind die Zustände in den Lagern für flüchtende Menschen öffentlich

bekannt: Überfüllte Unterkünfte, unzureichende medizinische Versorgung,

sklavenähnliche Ausbeutung, Folter, sexuelle Übergriffe und kein Schutz vor

bürgerkriegsbedingten Kampfhandlungen im direkten Umfeld, sind nur einige der Gräueltaten, die von unabhängigen Organisationen offengelegt werden. All dies duldet die EU nicht nur, sondern

fördert das Leid der Menschen weiter, indem sie sie dorthin zurückbringen lässt,

anstatt ihnen offene Wege aus dieser Hölle zu bereiten.

Mit dem Abkommen von Malta haben die europäischen Staaten das

zivilgesellschaftliche Engagement der Seenotretter\*innen nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar noch weiter

eingeschränkt. Engagement, das die Verantwortlichkeiten der Europäischen

Union selbst übernimmt, statt auf deren Erfüllung zu warten. Gesten der

Solidarität und Menschenachtung werden durch die EU zunehmend kriminalisiert und gezielt

verhindert, da im Malta-Abkommen die Zuständigkeiten der sogenannten

libyschen Küstenwache ausgeweitet wurden. Statt selber Rettungsschiffe

zu mobilisieren, hat die EU die Verteilung der Geretteten wieder vernachlässigt,

die organisatorischen Hürden für private Rettungsorganisationen weiter erhöht

und deren Selbständigkeit weiter eingeschränkt.

Spätestens seit dem Sommer 2018 ist die grausame Situation auf dem Mittelmeer auch der

breiten Öffentlichkeit bekannt. Doch selbst nach Massendemonstrationen mit hunderttausenden von Menschen, die Solidarität und Seenotrettung gefordert haben, kommt die Politik ihrer Aufgabe

nicht nach. Internationales Seerecht schreibt die Rettung und das Verbringen in

„Sichere Häfen“ vor. Internationale Menschenrechtsorganisationen fordern konsequente Umsetzung des geltenden Rechts und die

Anerkennung der Menschenrechte. Die Zivilgesellschaft fordert die Politik zum

Handeln nach humanen Maßstäben auf, dennoch antwortet Europa mit

Repressionen gegen Retter\*innen und Verschärfung der Gesetze.

Die Initiativen der Seebrücken hatten sich zum Ziel gesetzt, durch den

Mechanismus der metaphorischen „Sicheren Häfen“ praktische Hilfe zu bewirken.

Doch selbst mit über 130 „Sicheren Häfen“ in Deutschland hat sich die Situation

kaum verbessert. Zwar konnten wir den Fokus verschieben und die Debatte in die Parlamente bringen, doch noch immer sterben Menschen auf dem Mittelmeer, während die EU versucht, ihre Verantwortung entweder an die Zivilgesellschaft oder außereuropäische Akteur\*innen abzugeben. Was als spontanes

Engagement geplant war und schnell helfen sollte, hat sich als langfristigen

Kampf gegen den gesamtgesellschaftlichen und politischen Rechtsruck entpuppt. Wir hatten gehofft, zeigen zu können, dass wir

solidarisch sind, Menschenrechte achten und diese durch unser Engagement

schnell durchsetzen wollen. Nun hat sich uns gezeigt, dass dieses Engagement

heute nötiger ist, als je zuvor. Dass Menschenrechte und Solidarität mehr in Gefahr sind, als je zuvor. Und dass unsere Arbeit daher noch lange nicht getan ist.

- Natalie: Unsere Pläne, Schlusswort

Wir sehen, Schleswig-Holstein hat das Potential, sich als gesamtes Bundesland zum Sicheren Hafen zu erklären und damit ein Aufnahmeprogramm zu entwickeln, das jedem einzelnen Bundesland in Deutschland und der Bundesregierung zeigt, wie solidarische Aufnahme geschehen und vor allem: dass sie funktionieren kann. Wir wollen auf eine gerechte Verteilung hinarbeiten und politisches Versagen nicht mit Menschenleben bezahlen lassen.

Zum Schluss wollen wir uns noch einmal herzlich bei allen Unterstützer\*innen dafür bedanken, dass ihr diesen Weg gemeinsam mit uns geht. Der Dank gilt nicht nur dem Vertrauen und der Hilfe des Flüchtlingsrats, der Unterstützung schleswig-holsteinischer Politiker\*innen und der Solidarität aus der Zivilgesellschaft. Sondern auch uns gegenseitig. Wir alle zusammen können hier etwas bewegen und dazu beitragen, dass Schleswig-Holstein die Verantwortung übernimmt, Menschenrechte zu bewahren und auch zu leben. Und am wichtigsten: wir danken all jenen Menschen, die in diesem Jahr mit uns auf der Straßen waren und für eine bessere Welt gekämpft haben. Denn genau das macht uns aus: Das viele Engagement der Zivilgesellschaft an ganz unterschiedlichen Orten in Schleswig-Holstein und Europa.

Wir freuen uns über diesen Jahres-Abschluss und nächstes Jahr starten wir weiterhin tatkräftig durch.